

Kolumne

Energiedebatte: Keine Illusionen... Bitte!

Die Schweiz rutscht in eine Versorgungsnotlage.

Beat Rieder (Die Mitte) sind da alle Energieträger recht.

Seit Jahren verängstigt die Schweiz ein diffuses Gespenst namens «Blackout». In Form der Stromlücke wird es immer wirklicher. Die Produktions- und Verbrauchermodelle sagen voraus, dass uns jeweils im Spätwinter schon ab 2025 der Stecker gezogen werden könnte. Eines der reichsten Länder der Welt sässe dann im Dunkeln. Ein unvorstellbares, aber nicht irreales Szenario... wenn wir uns weiter ökologische Grabenkämpfe leisten. Unwissenheit und Sorglosigkeit machen die Stromlücke nicht kleiner.

Der «Blackout» käme nicht aus heiterem Himmel. Der vor zehn Jahren schon beschlossene Verzicht auf die Atomenergie, die angestrebte Dekarbonisierung sowie der massiv steigende Mehrbedarf – unter anderem durch Wärmepumpen und die E-Mobilität – führen zu einem gewaltigen Versorgungsengpass. Er kann nur überwunden werden, wenn ab sofort jede Möglichkeit auf ein zusätzliches Kilowatt Stromproduktion genutzt wird.

Mir sind alle Energieträger recht. Ich schliesse da umweltfreundliche Power-to-Gas-Technik ebenso wenig aus wie völlig neue Technologien in der Kernfusion.

In diesem Kontext die überlebenswichtige Wasserkraft

gegen die zukunftsfruchtige Fotovoltaik auszuspielen, ist genau so unsinnig wie die Diskussion darüber, ob die potenziellen Risiken eines AKW-Störfalls schwerer wiegen würden als die Belastungen der fossilen Energieträger für Klima und Umwelt.

Halten wir uns an die Fakten. Die Schweiz hat einen jährlichen Stromverbrauch von circa 65 Terawattstunden, Tendenz steigend! Die Produktion hält sich in etwa die Waage mit einem Überschuss im Sommer und einer Unterdeckung im Winter, was die befürchtete Stromlücke ausmacht.

Zu den Grössenordnungen: Eine TWh zählt eine Milliarde Kilowattstunden. Ein Haushalt braucht jährlich rund 4000 kWh. Aktuell liefern die Wasserkraft 37 TWh und die Atomkraft 22 TWh. Übrige wie Sonne, Erdwärme, Wind und Biomasse bringen es gemeinsam auf maximal 6 TWh.

Der Bund rechnet in seinen Versorgungsmodellen, dass die wegfallende Kernkraft und der Mehrbedarf unter anderem durch einen Zubau der Wasserkraft auf 45 TWh kompensiert werden. Dazu soll die Fotovoltaik durch eine massive Förderung bis 2050 auf 34 TWh gesteigert werden. Das sind – vorsichtig ausgedrückt – sehr optimistische (unrealistische) Szenarien.

Das Tempo am jährlichen Zubau von Fotovoltaik müsste mehr als verdoppelt werden. Auf Infrastrukturanlagen und an Freiflächen müssten zusätzlich enorme Leistungen zugebaut werden. Der Bedarf entspricht dem Bau von jährlich 14 Anlagen von der Grössenordnung des Pilotprojekts Gondo Solar! Jährlich...

Wer kann da noch ernsthaft gegen neue, auch grössere Wasserkraftprojekte wie jenes am Fusse des Gornergletschers sein? Es würde circa 650 Gigawattstunden beisteuern können, ganzjährig als Speicherstrom abrufbar. Doch selbst so bleibt die Steigerung der Wasserkraft auf 45 TWh ambitioniert. Wir stehen uns da sehr oft auch selbst im Weg. Denn ganze fünf TWh gehen künftig allein schon aufgrund der geforderten Restwassermengen verloren.

Die Schweiz rutscht in eine Versorgungsnotlage. Wir können diese nicht durch jahrelange Bewilligungsverfahren noch verschärfen. Es sind alle verfügbaren Ressourcen zu nutzen. Das Gebot der Stunde heisst Selbstversorgung. Das Verlassen auf Energieimporte ist mittel- und langfristig keine Option. Die vom Bundesrat angekündigten vereinfachten Verfahren mit nur noch einer Beschwerdemöglichkeit pro Projekt sind ungenügend. Sie verkürzen zwar den Weg bis

zum finalen Entscheid, aber mit dem gleichen Ergebnis. Viele Projekte werden aufgrund des materiellen Rechts verhindert bleiben. Wollen Bundesrat und Parlament der Versorgungssicherheit gerecht werden, sind bestimmte Normen im Bereich des Umwelt- und Landschaftsschutzes ausser Kraft zu setzen, zumindest vorübergehend.

Notsituationen rufen im übergeordneten Interesse nach Sondermassnahmen. Die aktuelle Situation lässt keinen Zweifel am Handlungsbedarf.

PS. Der neue Rettungsschirm für Axpo, Alpiq und BKW, der durch die Wasserschlosskanton- und Berggemeinden dann noch zusätzlich mitzutragen wäre, ist ein unfreundlicher Akt gegen unsere Gebirgskantone und Berggemeinden, die in Zukunft das Rückgrat der schweizerischen Energieversorgung leisten werden und gefährdet den Ausbau der Stromproduktion!



Beat Rieder, 1963, stammt aus Wiler. Er ist Ständerat der Mitte Oberwallis.
beat.rieder@parl.ch